

Francia – Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Bd. 35

2008

DOI: 10.11588/fr.2008.0.44945

Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectivia.net, der Online-Publikationsplattform der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (DGIA), zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

THOMAS HOERBER – CHAD LEISHMAN

FRANKREICHS ABSCHIED VOM KOLONIALISMUS

Französisch-Indochina, Suez, Algerien und Frankreichs Rolle
im europäischen Integrationsprozess

Einleitung

Die frühe Nachkriegszeit war für die meisten Staaten Europas eine turbulente Periode der Selbstfindung. Frankreich war keine Ausnahme. Zwar war das Land eine der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, mit einer Besatzungszone in Deutschland und einem Sitz im UNO-Sicherheitsrat. Das Land hatte aber auch immense Probleme. Frankreich suchte seine Rolle in einer sich rapide polarisierenden Welt, die nicht viel Platz ließ für *grandeur*, Glanz und Glorie des alten Frankreichs. Innenpolitisch musste sich das Land mit seiner Vichy-Vergangenheit auseinandersetzen, mit einer stark angeschlagenen Wirtschaft und einer dezimierten Bevölkerung, um nur einige der Probleme zu nennen. Entscheidend nach Meinung vieler Politiker für den Wiederaufbau war, dass Frankreich noch immer seine Kolonien und überseeischen Besitzungen hatte. Wie die Briten hatten die Franzosen gehofft, ihr Imperium über den Krieg hinwegretten zu können. Aber der Krieg hatte Prozesse in Bewegung gesetzt, die in der Nachkriegszeit nicht mehr aufzuhalten waren. Eine fundamentale Veränderung war die Ablösung Europas als Machtzentrum der Welt durch die beiden neuen Weltmächte USA und UdSSR¹ und die Ablehnung des Kolonialismus durch diese beiden neuen Weltmächte, wenn auch aus jeweils anderen Gründen. Weiterhin förderte das Bevölkerungswachstum und die zunehmende Emanzipation in den Kolonien die Empfänglichkeit für nationalistische Ideologie. Für die immer vehementere Forderung nach Unabhängigkeit vieler Kolonien waren die frühen Zugeständnisse an Indien und Irland nicht ohne Bedeutung. Viel wichtiger im französischen Kontext war aber das Versprechen der Unabhängigkeit nach einem Sieg im Zweiten Weltkrieg, welches oft benutzt wurde, um zum Beispiel Nordafrika auf die Seite der Freiheitskämpfer um General de Gaulle zu ziehen. Derartige Veränderungen machten es schwer, nach dem Krieg zum Alltagsgeschäft überzugehen und das Kolonialregime aufrechtzuerhalten. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich drei besonders gefährliche Konflikte für Frankreich, nämlich die in Französisch-Indochina, in Algerien und die Suezkrise.

1 Für eine gute Zusammenfassung zu diesem Thema siehe W. Raymond DUNCAN, Barbara JAN-CAR-WEBSTER, Bob SWITKY, *World Politics in the 21st Century*, Westford, 2004, S. 2.

Forschungsfrage

Der Hauptzweck dieses Artikels ist herauszustellen, welche Auswirkung diese Kolonialkriege auf die Rolle Frankreichs im europäischen Integrationsprozess hatten. Die Gründe für das militärische Eingreifen Frankreichs sollen erläutert werden, ebenso wie die daraus resultierenden innenpolitischen Konsequenzen. Insbesondere werden die internen politischen Machtkämpfe und die starke Belastung des Staatshaushalts analysiert.

Die Quellenlage

Dieser Aufsatz ist in weiten Teilen ein Nebenprodukt einer wesentlich umfangreicheren Analyse französischer, deutscher und britischer Parlamentsakten. Im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien findet das Thema Kolonialinteressen in den Debatten des Bundestags praktisch keinen Niederschlag. Dies ist nur wirklich im Falle des Algerienkrieges bemerkenswert, da die Bundesrepublik ansonsten tatsächlich keinen wirklichen Bezug zu Kolonialpolitik hatte. Dieses Thema war für Deutschland spätestens seit Ende des Zweiten Weltkriegs abgeschlossen. Für den Fall des Algerienkrieges hingegen gibt es zwei Themen, die Deutschland betrafen. Das waren zum einen die Fremdenlegionäre, die Kerneinheiten im Algerienkrieg stellten und dessen Mannschaftsränge sich in großer Zahl aus deutschen Minenarbeitern oder ehemaligen Wehrmachtangehörigen rekrutierten². Zum anderen war Deutschland an einer konstruktiven Umsetzung der Römischen Verträge durch Frankreich gelegen. Nach de Gaulles Rückkehr an die Macht gab es weit verbreitete Befürchtungen, dass sich die notorische Opposition der Gaullisten zur europäischen Einigung in einer Ablehnung der in den letzten Tagen der IV. Republik unterzeichneten Verträge niederschlagen würde. Die diplomatische Ruhe von deutscher Seite zum französischen Handeln in Algerien ist bemerkenswert, da sie sich von der internationalen Furore gegen Frankreich wegen Menschenrechtsverletzungen, Folter und Verstößen gegen die Genfer Konvention unterscheidet. Nach dem Ende des Konfliktes war es für Frankreich daher sehr einfach, wieder mit den anderen fünf Gründungsmitgliedern der europäischen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten. Zumindest von deutscher Seite darf hier auch mit Recht eine diplomatische Strategie mit genau diesem Ziel vermutet werden³. Es gab wohl einige Proteste – vor allem der SPD Opposition – gegen Frankreich im Besonderen und gegen koloniale Praktiken im Allgemeinen⁴.

2 Von den zwischen 1954 und 1962 in Algerien eingesetzten 50 000 Legionären waren etwa 70% Deutsche, von den etwa 28 000 Rekruten im selben Zeitraum waren 12 000 Deutsche. Für eine sehr informative und ausgewogene Analyse der deutschen Legionäre und der politischen Konsequenzen, die sich daraus zwischen Frankreich und Deutschland ergaben, siehe Nassima BOUGHERARA, *Les rapports franco-allemands à l'épreuve de la question algérienne (1955–1963)*, Bern 2006, S. 117.

3 *Ibid.*, S. 201.

4 Für die frankreichkritischen Positionen der SPD zum Algerienkrieg siehe Carlo Schmid (SPD), in VDB, WP II, 137, S. 7079A. Für die außerparlamentarischen Aktivitäten SPD-naher Kreise und deren Auswirkungen auf den Algerienkrieg siehe BOUGHERARA, *Les rapports franco-allemands* (wie Anm. 2), S. 153.

Nachdem die Regierung aber jene Strategie verfolgte, blieben diese Proteste sehr begrenzt⁵. Im starken Gegensatz zu Frankreich fand der Algerienkonflikt deshalb keine große Resonanz im Bundestag.

Für die Debatten im britischen Unterhaus lässt sich dieselbe Aussage treffen, was dadurch zu erklären ist, dass sich Großbritanniens koloniale Ambitionen in Nordafrika durch die Suezkrise aufgelöst hatten. In der Folgezeit war das Land unter Premierminister Harold Macmillan jedoch bemüht, die Politik der USA zu unterstützen. Speziell in kolonialen Fragen ist aber auch diese Zeit nicht frei von Spannungen zwischen der ehemaligen Kolonialmacht England und den USA. Die Vereinigten Staaten wollten zwar nicht die Kolonialrolle Großbritanniens, doch aber die Machtposition übernehmen (siehe Eisenhower-Doktrin). Die relative Bedeutungslosigkeit des Algerienkrieges in britischen Parlamentsdebatten lässt sich also daraus erklären, dass Großbritannien einerseits nicht unmittelbar betroffen war, sich andererseits aber Frankreich gegenüber auch nicht negativ engagierte. Ein Hauch von Verständnis für die Probleme der anderen großen Kolonialmacht, Frankreich, schwingt hier sicherlich mit. Eine veränderte Sachlage findet sich für die anderen in diesem Aufsatz behandelten Kolonialkrisen. Speziell die Suezkrise wurde im britischen Parlament heiß diskutiert⁶. Insofern bilden die britischen Parlamentsdebatten eine umfassende Informationsbasis für Suez. Weiterhin geben Biographien, etwa über die beiden Hauptkontrahenten Anthony Eden und Hugh Gaitskell⁷, und Autobiographien, wie die von Edward Heath⁸ und ein nahezu unerschöpflicher Fundus an Sekundärliteratur umfassend Auskunft über die Krise und ihre Konsequenzen für Großbritannien⁹.

Die französischen Debatten in der Assemblée nationale zu allen drei in diesem Aufsatz behandelten Kolonialkriegen verlaufen oft ausgesprochen temperamentvoll. Die Macht, die koloniale Gedankengut in der Nachkriegszeit immer noch auf die politische Elite ausübte, lässt sich in den Parlamentsdebatten sehr gut nachvollziehen. Dass die Verteidigung kolonialpolitischer Interessen keineswegs eine Frage parteipolitischer Zugehörigkeit war, zeigen die Parlamentsdebatten klar für die Regierung Guy Mollet. Die Sozialisten hatten die Wahlen von 1956 unter anderem mit dem

5 Die CDU/CSU beobachtete den Algerienkonflikt auch mit Sorgen, folgte aber Adenauers diplomatischer Führung. Für die Positionen der CDU/CSU zum Algerienkrieg siehe Hans Furler (CDU/CSU), in VDB, WP II, 200, S. 11348B–11349A; BOUGHERARA, *Les rapports franco-allemands* (wie Anm. 2), S. 109, 201.

6 Für eine umfassende Analyse der sich aus den Parlamentsdebatten ergebenden politischen Lageeinschätzung der Suezkrise und den Referenzen zu den entsprechenden Parlamentsdebatten siehe Thomas C. HÖRBER, *European Integration Ideas in France, Germany and Britain in the 1950s*, Wiesbaden, 2006, S. 293.

7 Siehe David DUTTON, *Anthony EDEN, A Life and Reputation*, London 1997; Brian BRIVATI, *Hugh Gaitskell*, London 1997.

8 Siehe Edward HEATH, *The Course of My Life – My Autobiography*, London 1998.

9 Einige Beispiele der informativsten und treffendsten Sekundärliteratur seien hier genannt: Richard LAMB, *The Macmillan Years, 1957–1963: The Emerging Truth*, London 1995; L. J. BUTLER, *Britain and Empire. Adjusting to a Post-Imperial World*, London 2002. Für die Rückwirkungen der Suezkrise auf die Position Großbritanniens in Europa siehe: David GOWLAND, Arthur TURNER, *Reluctant Europeans – Britain and European Integration 1945–1988*, London 2000.

Wahlversprechen gewonnen, den Algerienkrieg durch eine Verhandlungslösung zu beenden, waren aber unter Mollet für eine drastische Verschärfung der Militärkampagne in Algerien verantwortlich¹⁰. Ebenso war es de Gaulle in der klassischen politischen Links-/Rechts-Kategorisierung nicht zuzutrauen, dass er Algerien in die Unabhängigkeit entlassen würde. Die Parlamentsdebatten zeigen sehr deutlich, dass das Links-/Rechts-Schema, zumal in der Assemblée nationale, nicht greift und die tatsächliche Positionierung der Abgeordneten meist komplexer und oft individuell war. Die Debatten geben genau dieses komplexere Bild der Meinungslage wieder und liefern ein umfassendes Bild über alle kolonialen Verstrickungen Frankreichs, zum Beispiel in Regierungserklärungen. Eine alternative Herangehensweise kann über Regierungsakten erfolgen. Ein gutes Beispiel für ein derartiges Vorgehen ist Nassima Bougheraras Werk. Sie benutzt für Ihre Analyse der deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1955 und 1963 Regierungsakten sowie nur bedingt zugängliche Akten des Auswärtigen Amtes und dessen französischen Pendant am Quai d'Orsay und außerdem Privatarhive von Schlüsselpersonen im diplomatischen Dienst. Abgesehen davon, dass diese Dokumente nicht unbedingt neue Erkenntnisse zum Algerienkrieg hinzufügen, stellt Bougherara fest, dass sie oft in ein undurchsichtiges Geflecht von Einzelperspektiven oder sehr speziellen Sachverhalten führen, die nicht zu einer Verbesserung eines umfassenden Verständnisses des Algerienkrieg beitragen¹¹. Kritischer aber ist ihre Erkenntnis, dass sich in den Aufzeichnungen der privilegierten Funktionäre eine Art parallele Welt aufbaute. Dieser ›Geheimdiskurs‹ baut nach Art von Verschwörungstheorien eine alternative Realität auf, in der Geheimnisse verteidigt oder gebrochen werden, in der Waffenlieferungen aufgedeckt oder eingeschleust werden und in der die Grenze zwischen Diplomat und Revolutionär ebenso verschwimmt wie die unbedingte Kontrollierbarkeit beider durch demokratisch legitimierte Regierungen. Zur großen Erleichterung derer, die es immer vermutet hatten, stellt Bougherara auch fest, dass die öffentlich zugänglichen Dokumente wie Regierungserklärungen oder Parlamentsdebatten diejenigen sind, die die tatsächliche Sachlage und die resultierenden politischen Konsequenzen verständlicher darstellen und in ihrer Gesamtheit eine umfassendere und überzeugendere Einschätzung geben¹². Dies ist nicht allzu verwunderlich, da es gerade die Aufgabe der übergeordneten Institutionen ist, aus den Einzelinformationen aus vielen verschiedenen Quellen ein Gesamtbild zu machen, um daraus eine politische Linie abzuleiten. Für die französische Sicht der eigenen Kolonialpolitik hatte sich jedoch eine gute Mischung aus biographischem Material der Beteiligten als zuverlässige Quelle bewährt¹³. Eine analytische und überblicksartige Ergänzung bieten auch hier

10 John TALBOTT, *The War Without a Name. France in Algeria 1954–1962*, Boston 1980, S. 114.

11 BOUGHERARA, *Les rapports franco-allemands* (wie Anm. 2), S. 12.

12 *Ibid.*, S. 11.

13 Für Indochina sind die folgenden Biographien besonders interessant: Christian BOUGEARD, René Pleven – *Un Français libre en politique*, Rennes 1994; Jean LACOUTURE, *Pierre Mendès France*, Paris 1981. Für den Algerienkrieg sind besonders die folgenden Biographien relevant: Patrick SAMUEL, Michel Debré. *L'architecte du général Arnaud*, Suresnes 1999; É. ROUSSEL, *De Gaulle*, Paris 2002. De Gaulles Memoiren sind ausgesprochen aufschlussreich für de Gaulles Kolonialpolitik und insbesondere des Algerienkrieges: Charles DE GAULLE, *Mémoires d'espoir*, Paris 1999.

Sekundärquellen, die oftmals etwas ›objektiver‹ sein können, weil sie etwas mehr Distanz zum Geschehen haben¹⁴. Insgesamt ergibt sich daraus eine nahezu lückenlose Quellenlage, auf der die heutige Sicht des Endes der Kolonialzeit relativ sicher ruhen kann.

Unruhen in Französisch-Indochina

Vor den Weltkriegen umspannten die Kolonialreiche die Weltkugel, und Frankreich hatte nach Großbritannien die meisten Kolonien. Die beiden Weltkriege hatten jedoch die alten Großmächte so sehr geschwächt, dass es ihnen schwer fiel, die Kontrolle über diese Gebiete zu halten. Ein Beispiel ist Französisch-Indochina, das von Japan besetzt war. Die Machtverschiebung nach dem Zweiten Weltkrieg zugunsten der Vereinigten Staaten und Sowjetrusslands verstärkte in der französischen Führungselite die Bestrebungen Frankreichs, seine alte Macht und seinen Status in der Welt wieder herzustellen¹⁵. Spannungen in den französischen überseeischen Besitzungen waren schon sehr bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu verzeichnen, woraufhin Frankreich Syrien und den Libanon räumen musste. Dennoch waren viele Franzosen noch in ihrer kolonialen Weltsicht gefangen und sahen im Imperium – trotz des eindeutig erkennbaren Machtverlustes Frankreichs in der Welt – »[...] sowohl einen Beweis, als auch ein Garantie für [Frankreichs] Status als Weltmacht«¹⁶.

So überrascht es nicht, dass die französische Regierung sich entschied, um Französisch-Indochina – eine der wichtigsten und ältesten Kolonien, die die Gebiete des heutigen Vietnam, Kambodscha und Laos einschließt – zu kämpfen. Vietnam wurde das bis dato gewalttätigste Beispiel eines Dekolonisationskrieges. Lokal begrenzte Aufstände wurden zu einer umfassenden Revolte gegen das französische Kolonialsystem, die durch die kommunistischen Rebellen unterstützt und von dem Bestreben nach nationaler Unabhängigkeit getragen wurde. Diese Tatsachen waren in den verantwortlichen Institutionen in Paris weithin bekannt und deuteten bereits an, dass es sich um mehr als eine Polizeiaktion der französischen Armee in Indochina handelte¹⁷. Frankreich wurde in einen der ersten Stellvertreterkriege zwischen den beiden ideologischen Blöcken hineingezogen, der für *La Grande Nation* in der totalen und demütigenden Niederlage von Diên Biên Phủ endete¹⁸. Die immensen Kosten für den

14 Positiv herauszuheben sind hier als Überblick über die französische Außenpolitik: Jean DOISE, Maurice VAÏSSE, *Politique étrangère de la France. Diplomatie et outil militaire 1871–1991*, Paris 1992; zu de Gaulle und seiner Politik: Maurice VAÏSSE, *La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998; Charles WILLIAMS, *The Last Great Frenchman*, London 1996.

15 Die folgende Zusammenfassung zu diesem Thema ist durchaus gelungen: Blaine T. BROWNE, Robert C. COTTRELL, *Uncertain Order. The World in the Twentieth Century*, Upper Saddle River 2003, speziell S. 265.

16 TALBOT, *Algeria* (wie Anm. 10), S. 138. Original: »[...] both proved and guaranteed [her] status as a world power«.

17 Adolphe Aumeran (RI), in JO, 2^e Lég., 23/10/53, S. 4540I-II, 4541II; Pierre Mendès France (RRS), Präsident des Rates, in JO, 2^e Lég., 20/12/54, S. 6619II; André Mutter (CRPS), in JO, 2^e Lég., 20/12/54, S. 6632L.

18 Diese Niederlage kostete die französische Armee 15 000 ihrer besten Männer, siehe Pierre Mendès France (RRS), Präsident des Rates, in JO, 2^e Lég., 20/12/54, S. 6619II; JO, 2^e Lég., 20/12/54,

Krieg in Indochina machten Frankreich außerdem abhängig von den Vereinigten Staaten, da der Militärhaushalt massiv durch amerikanische Mittel subventioniert wurde. In den Debatten in der Assemblée nationale lag Panik in der Luft als klar wurde, dass Frankreich weder die moralische noch die materielle Oberhand über einen entschlossenen und gut ausgerüsteten Feind hatte – die aus dem kommunistischen Block unterstützten Vietkong¹⁹. Im Juni 1956 zogen die letzten französischen Truppen aus Indochina ab, waren aber bereits teilweise durch amerikanische Kräfte ersetzt worden²⁰.

Die Bedeutung dieses Krieges liegt nicht nur darin, eine der größten Niederlagen Frankreichs im Dekolonisationsprozess zu sein, er ist auch wichtig, weil diese Erfahrung starken Einfluss auf die französische Armee, insbesondere der Fremdenlegion, während des Algerienkrieges ausübte. Viele Offiziere fühlten sich isoliert und entfremdeten sich von der französischen Gesellschaft und deren politischer Führung, was als ein Grund für subversive Tendenzen des Offiziercorps während des Algerienkrieges gesehen werden muss²¹. Für das französische Militär war es eine der bittersten Erfahrungen, dass die Mehrheit des französischen Volkes gleichgültig oder ablehnend gegenüber dem militärischen Engagement in Indochina war. Gerüchte, dass Hafendarbeiter es ablehnten, Fracht für die Armee in Indochina zu verladen, oder die Zusicherung für Blutspender, dass ihr Blut nie für die Soldaten im Kampfgebiet eingesetzt würde, erreichten die Armee in Indochina, und die Nachwirkungen derartiger Ereignisse waren noch Jahre später – in Algerien – in der gesunkenen Loyalität der Armee für ihre zivile Führung und letztlich für ihren Souverän, das französische Volk, zu erkennen.

Außerdem waren die Umstände des Rückzugs der französischen Armee aus Indochina ein schwerer Schlag für die Moral des Militärs und untergruben ihr Vertrauen in die politische Führung der IV. Republik nachhaltig. In den Szenen, die sich Jahre später in Algerien wiederholen sollten, versuchten Vietnamesen, die mit den Franzosen zusammengearbeitet hatten, der Rache der Vietkong zu entgehen und das Land mit den abziehenden Truppen zu verlassen. Offiziere, die Schutz versprochen hatten, sahen sich durch die Entscheidung der französischen Regierung gezwungen, ihre Versprechen zu brechen. Solche Erfahrungen verfestigten stark die Motivation, eine derartige Katastrophe nie wieder geschehen zu lassen²². Folglich muss die Nie-

S. 6636I; Pierre Abelin (MRP), in JO, 2^e Lég., 20/12/54, S. 6628II; die Ablehnung der USA, Frankreich in Diên Biên Phủ mit Luftunterstützung zu helfen, wurde in Paris als Verrat empfunden. Siehe Beatrice HEUSER, *NATO, Britain, France and the FRG – Nuclear Strategies and Forces for Europe, 1949–2000*, London 1998, S. 16.

19 Einige Vermittlungsversuche blieben, wie der Manila Vertrag, ergebnislos. Siehe Pierre Mendès France (RRS), Präsident des Rates, in JO, 2^e Lég., 20/12/54, S. 6619II, 6623II; JO, 2^e Lég., 20/12/54, S. 66 32II; Pierre Abelin (MRP), in JO, 2^e Lég., 20/12/54, S. 6628I; Adolphe Mutter (CRPS), in JO, 2^e Lég., 20/12/54, S. 6632I; LACOUTURE, Pierre Mendès-France (wie Anm. 13), S. 193.

20 Quilici (RI), in JO, 2^e Lég., 20/12/54, S. 6617I; Robert Nisse (RS), in JO, 3^e Lég., 6/7/57, S. 3359I; DOISE, *Diplomatie et outil militaire* (wie Anm. 14), S. 552. Die Verluste Frankreichs lagen bei etwas 60 000 Soldaten und 2,5 Milliarden FRF. Siehe André-François Mercier (IPay), in JO, 3^e Lég., 5/7/56, S. 2902II.

21 Martin ALEXANDER, John KEIGER, *France and the Algerian War. Strategy, Operations and Diplomacy*, in: *Journal of Strategic Studies* 25(2), S. 7.

22 TALBOTT, *Algeria* (wie Anm. 10), S. 8.

derlage in Indochina zur Erklärung des Verhaltens der französischen Armee Jahre später in Algerien mit herangezogen werden und kann als ein Grund für die kompromisslose Haltung der Armee gegen die Unabhängigkeit Algeriens gesehen werden.

Die Niederlage in Indochina war auch das erste offensichtliche Anzeichen des moralischen Verfalls des Kolonialsystems, mit der Folge, dass die Kolonialmacht Frankreich für sowjetische Propagandaattacken immer anfälliger wurde²³. Korruption, Gewalt und Betrug waren weit verbreitet und hatten den unvermeidlichen Effekt die kolonisierten Völker zu desillusionieren, nicht nur gegenüber ihrer eigenen lokalen Führungsschicht, die Frankreich gern als Mittelsmänner bei der Herrschaftsausübung benutzte. Die Desillusionierung richtete sich auch gegen Frankreich selbst, und dies trotz der französischen Kultur, die von vielen geschätzt wurde – zumindest nach dem Dafürhalten französischer Parlamentarier²⁴. Folglich ist Indochina für Frankreich der Anfang des Endes seiner Rolle als wichtige Kolonialmacht und zugleich der Beginn eines Prozesses, der innerhalb einiger Jahre – spätestens nach der Regelung des algerischen Konflikts mit dem Abkommen von Evian – Frankreich wieder zu einem starken und wichtigen Partner in Europa machte. Die Bilanz am Ende des Indochinakonflikts war, dass derartige militärische Eskapaden Frankreich finanziell überforderten. Die Abhängigkeit von Finanzspritzen aus den USA stellte die außenpolitische Unabhängigkeit des Landes in Frage. Schließlich wurde der Handlungsspielraum in Europa derart eingeschränkt, dass in mehreren Situationen die militärische Sicherheit Frankreichs im Kalten Krieg mehr als zweifelhaft war, ganz zu schweigen von den politischen Konsequenzen für die innere Entwicklung Frankreichs, für die europäische Einigung oder für das Zerwürfnis mit der NATO.

Die IV. Republik und Algerien

Als Indochina noch nicht verloren war, brach am 1. November 1954 auch in Algerien ein Aufstand aus, der für Frankreich zum schwersten Kolonialkrieg führen sollte. Von den drei Maghrebländern, Marokko, Tunesien und Algerien, war letzteres – mit 1,35 Millionen französischstämmigen Einwohnern, in deren Händen 90% des Grundbesitzes lagen, und einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 10 Millionen Menschen – für Frankreich das wichtigste Land. Nach der französischen Verfassung war Algerien ein Teil von Frankreich, nicht etwa eine Kolonie, ein überseeisches Territorium oder ein Protektorat, und viele französischstämmige Einwohner – die *pieds noirs* – waren die in Algerien geborenen Nachkommen französischer Siedler aus dem 19. Jahrhundert, die glaubten, dass sie hart für ein blühendes Land und eine Hauptstadt nach europäischen Vorbild – *Algier La Blanche* – gearbeitet und eine überlebensfähige Gesellschaft aufgebaut hatten²⁵. Ihre Repräsentanten im Parlament verlangten den Schutz und die Verteidigung der Siedler und ihres Eigentums ange-

23 Siehe VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 14), S. 14, 50.

24 Léon Boutbien (PS), in JO, 2^e Lég., 23/10/53, S. 4549I-II; VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 14), S. 15.

25 VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 14), S. 20.

sichts der wachsenden Gewalttätigkeiten im Land²⁶. Die Drohung von Selbstmordattentaten war nur das drastischste Beispiel für die Bedrohung²⁷. Keine der beiden Seiten – weiße Siedler und muselmanische Mehrheitsbevölkerung – hatten die Aufstände in Sétif im Mai 1945 vergessen, bei denen 103 Europäer ermordet worden waren und die starke Repressalien durch die französischen Autoritäten auslöste. Die unauflöbliche Verbindung zwischen Frankreich und Algerien war das Kredo der französisch-algerischen Nationalisten und prägte die politische Haltung der französischen Regierung für den größten Teil des Algerienkonflikts²⁸.

Das massive militärische Engagement in Algerien wurde durch die französische Regierung dadurch gerechtfertigt, dass die Rebellen einen Terror- und Guerillakrieg führten, der von den Polizeikräften in Algerien nicht mehr zu kontrollieren war²⁹. Die Wiederherstellung von Recht und Ordnung war die Hauptzielsetzung der militärischen Intervention³⁰. Im Mai 1955 wurde der Ausnahmezustand verhängt, um den Behörden ein entschiedenes Durchgreifen zu ermöglichen. Speziell die parlamentarische Opposition kritisierte, dass viele junge Wehrpflichtige, die psychologisch auf die Brutalitäten des Krieges in keiner Weise vorbereitet waren, nach Algerien geschickt wurden³¹. Nicht zuletzt wegen der mangelnden Ausbildung in der Breite der französischen Truppen waren Gewalttaten gegen die muslimische Bevölkerung keine Seltenheit, sodass die Menschlichkeitsideale der französisch-republikanischen Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes in der afrikanischen Sonne verbrannten³². Obgleich viel Geld für die militärische Intervention und ›Befriedung‹³³ ausgegeben wurde, wurde zumindest in Paris immer klarer, dass es keine militärische Lösung gab³⁴. In diesem Sinne wurden Maßnahmen ergriffen, um die nicht-französischstämmige Bevölkerung in den politischen Selbstverwaltungsprozess einzubinden, wie zum Beispiel sie als Mitarbeiter in den Zivilbehörden zuzulassen³⁵. Derartig versöhnliche Politikansätze sahen die französischen Siedler und in zunehmenden Maße auch das französische Militär als Einknicken der Zivilbehörden vor dem Druck der Rebellen. Schnell wurde die Pariser Einsicht der militärischen

26 Die Zahl der unter der moslemischen Bevölkerung von Nationalisten getöteten Personen betrug ungefähr 400 pro Monat, obgleich hier gesagt werden muss, dass derartige Angaben im Klima des Bürgerkrieges notorisch unzuverlässig waren. Siehe Robert Lacoste (PS), Minister für Algerien, in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4216II; Marcel Deviq (UR), in JO, 1^{ère} Lég. V, 30/4/59, S. 399II.

27 Robert Lacoste (PS), Minister für Algerien, in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4217I-II.

28 Für Beispiele aus Regierungserklärungen und parlamentarischen Reden siehe, Robert Lacoste (PS), Minister für Algerien, in JO, 3^{ème} Lég., 18/10/56, S. 4218I; Guy Mollet (PS), Präsident des Rates, in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4287I; LACOUTURE, Pierre Mendès France (wie Anm. 13), S. 347.

29 Robert Lacoste (PS), Minister für Algerien, in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4217I.

30 Edgar Faure (RRS), in JO, 2^e Lég., 21/6/55, S. 3178II.

31 Fernand Bône (UFF), in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4215I; Gustave Ansart (PC), in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4238II.

32 DOISE, *Diplomatie et outil militaire* (wie Anm. 14), S. 576.

33 Für Beispiele des verharmlosenden Gebrauchs dieses Euphemismus siehe, Marcel Roclore (IPay), in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4227II; Paul Ramadier (PS), Finanz- und Wirtschaftsminister, in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4282I; Valéry Giscard d'Estaing (IPay), in JO, 3^e Lég., 17/1/57, S. 94II; JO, 3^e Lég., 6/7/57, S. 3347II; Pierre Mendès France (RRS), in JO, 3^e Lég., 6/7/57, S. 3392I.

34 Siehe Guy Mollet (PS), Präsident des Rates, in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4287I.

35 Robert Lacoste (PS), Minister für Algerien, in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4216II.

Unlösbarkeit des Konflikts in diesen Kreisen zur Schwäche der politischen Führung und später der ganzen IV. Republik umgedeutet. Die drastischen Konsequenzen der Entfremdung zwischen Frankreich und seinen Bürgern in Algerien und zwischen den Zivilbehörden und dem Militär wurden schnell sehr deutlich, wie das folgende Beispiel verdeutlicht. Aus verschiedenen Gründen litt die IV. Republik unter einer schon fast notorischen Regierungsinstabilität. Zwischen 1945 und 1958 waren 27 Regierungen im Amt, was es der einzelnen Regierung stark erschwerte, den Machtspielen der gut organisierten Abgeordneten der französisch-algerischen Siedler, der *Algérie française*, zu widerstehen. Diese genossen außerdem die mehr oder minder deutliche Unterstützung des Militärs, was für die politische Realität hieß, dass Entscheidungen zu Algerien vom Militär stark beeinflusst wurden, oder zumindest nicht gegen das Militär getroffen werden konnten. Ein Beweis für den großen Einfluss der Militärs, wird in der Antwort der Regierung zum Luftangriff auf die tunesische Stadt Sakhiet am 8. Februar 1958 deutlich. Als Reaktion auf die Überfälle durch algerische Rebellen von tunesischem Territorium ordnete der französische Oberbefehlshaber, General Salan, der später einer der Führer der Organisation de l'armée secrète (OAS) werden sollte, die Bombardierung von Sakhiet an. 75 Tote, davon etwa 30 Schulkinder, waren das Resultat. Salan berichtete, dass das Ziel militärisch gewesen sei und dass die Mehrheit der Toten algerische *fellaghas* (Rebellen) waren³⁶. Félix Gaillard – Präsident des Rates – lehnte es ab, diesen Angriff zu verurteilen, weil er eine Warnung erhalten hatte, dass ein derartiges Vorgehen ernste Konsequenzen haben würde. Die Bedeutung dieses Vorfalles entging der französischen Zeitung »Le Monde« nicht, die die Zurückhaltung des Präsidenten als Indiz sah, dass « [...] eine geheime Regierung [...] Paris von Algier [...] aus steuere»³⁷. Die Reaktion der Regierung stand in starkem Kontrast zu Michel Debré – einer der glühendsten und wortgewaltigsten Gaullisten seiner Zeit – als Nachrichten der systematischen Anwendung von Folter durch französische Truppen während der Schlacht von Algier (1956) Frankreich erreichten. Für manche überraschend stellte sich Debré in eine Reihe mit namhaften französischen Schriftstellern und Intellektuellen wie Sartre, de Beauvoir, Tillion, Servan-Schreiber und Henri Alleg, die Folter als eine Entwürdigung derer, die sie erlitten, und derer, die sie anwendeten, brandmarkten. Sie verlangten ein sofortiges Ende solcher Methoden³⁸. Maurice Bourgès-Manoury, früherer Verteidigungsminister und später Präsident des Rates, verteidigte die Anwendung von Folter durch die Armee als sehr wirkungsvolle »Befragungsmethode«. Der Einfluss des Militärs auf die Regierung, deren Meinungsbildung und letztlich auch die Korruption der Regierung durch die Machtinteressen des Militärs wird hier sehr deutlich³⁹. Dieses Beispiel belegt auch die Schwäche der Zivilbehörden am Ende der IV. Republik und kann als Vorbote für die Krise im Mai 1958 gesehen werden, die die IV. Republik zum Einsturz bringen sollte.

36 Alexander WERTH, De Gaulle, A Political Biography, New York 1966, S. 12f.

37 Ibid., S. 14.

38 SAMUEL, Michel Debré (wie Anm. 13), S. 145.

39 Wie Samuel bemerkt, war die Anwendung von Folter durch französische Truppen ein unhaltbarer Zustand, der Frankreichs Ansehen auf internationaler Ebene schwer schadete und die strategische Situation in Algerien verschlechterte, indem die bisher weitgehend frankreichtreue Mittelklasse in Algerien von der FLN abfiel. Siehe SAMUEL, Michel Debré (wie Anm. 13), S. 145.

De Gaulles Rückkehr

Die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der französischen Regierung und dem Militär in Algerien war entscheidend für Charles de Gaulles Rückkehr an die Macht. Am 13. Mai 1958 gaben General Salan und General Massu den Befehl zur Besetzung des Zentralgebäudes der französischen Zivilverwaltung (*gouvernement général*) zu besetzen. Es wurde ein Ausschuss der allgemeinen Sicherheit mit Massu als Präsident gebildet. Schnell weitete sich der Putsch des Militärs gegen die Regierung in Paris auf Korsika aus. Für wie gefährlich die Situation eingeschätzt wurde, kann daran ersehen werden, dass Großbritannien sich bereit erklärte, Truppen zur Verteidigung von Paris bereitzuhalten. Auch wenn es nie zur militärischen Kraftprobe kam, fiel die IV. Republik doch durch diesen Militärputsch. Der letzte Präsident des Rates, Pierre Pflimlin (MRP), übergab General de Gaulle die Macht. Das Parlament löste sich auf, und die neue Verfassung der V. Republik wurde geschrieben⁴⁰.

In der Vergangenheit hatte es periodisch immer wieder den Ruf nach einer Rückkehr von de Gaulle in die politische Verantwortung gegeben. Viele glaubten, dass das enorme persönliche Prestige des Generals es ihm ermöglichen würde, den Krieg in Algerien zu beenden, und zwar so, dass beide Seiten zufrieden gestellt wären⁴¹. Alle

40 Viele Umstände der Übergangsphase und des Prozesses von de Gaulles Rückkehr an die Spitze des französischen Staates bleiben ungeklärt. De Gaulle wusste, dass es unter normalen Umständen keine parlamentarische Mehrheit gab, die ihn zurück an die Macht wählen würde, geschweige denn eine Mehrheit für eine Notstandsregierung unter ihm bzw. für die Auflösung des Parlaments oder eine neue Verfassung, die sein oberstes politisches Ziel war. Die Antwort auf seine rhetorische Frage im Mai 1958: »Denken Sie wirklich, dass ich im Alter von 67 eine Karriere als Diktator beginnen werde?« ist, folglich nicht so einfach zu geben, wie er anzudeuten versucht, insbesondere weil de Gaulle in den Plänen der Armee für einen Staatsstreich einbezogen war und nichts dagegen tat, wie Pierre Mendès-France am vehementesten unterstrich: *Oui à de Gaulle, mais pas à un de Gaulle appelé par Massu!* Siehe LACOUTURE, Pierre Mendès-France (wie Anm. 13), S. 439. Obgleich es Gegenstand einer fortwährenden Debatte ist, inwieweit eine Zusammenarbeit zwischen den Generälen in Algerien und den Gaullisten vor 1958 bestand, ist klar, dass beide mindestens die allgemeine Ansicht teilten, dass Frankreich unter der IV. Republik entscheidende Schwächen aufwies. Drei Bereiche waren aus der Sicht der Gaullisten und des Militärs fatal. Ersten, das internationale Prestige verkörperte nicht einmal mehr den Anspruch auf *grandeur*. Zweitens, die nationalen Institutionen handelten nicht im Interesse Frankreichs, sondern oft aufgrund ihrer parteipolitischen Eigeninteressen. Und drittens wurde Frankreichs Autorität durch die unentschlossene Algerienpolitik untergraben. Folglich gab es auch ein Motiv seitens der Gaullisten, den Sturz der IV. Republik zumindest nicht zu verhindern, wenn nicht den militärischen Aufstand zu unterstützen. Ein Beispiel, das die fragliche Loyalität der Gaullisten zur IV. Republik zeigt, ist, dass de Gaulles zuverlässigster Gefolgsmann, Debré, bezweifelte, dass es für de Gaulle einen verfassungskonformen Weg zurück zur Macht gäbe. Schließlich gelang es doch, durch viel Druck vom französischen Staatspräsidenten René Coty und durch die Drohung einer militärischen Intervention in Algerien, die Parlamentsmitglieder davon zu überzeugen, dass nur durch de Gaulle ein Bürgerkrieg zu vermeiden war. De Gaulle selbst unternahm seinerseits alle Anstrengungen, den demokratischen Weg zur Machtübernahme einzuhalten, was viele seiner Kritiker beschwichtigte. Für die Ansichten Debrés und eine gute Zusammenfassung der Ereignisse vom Mai 1958, siehe SAMUEL, Michel Debré (wie Anm. 13), S. 155f. In Bezug auf die Position von Pierre Mendès-France siehe LACOUTURE, Pierre Mendès-France (wie Anm. 13), S. 433–440; Stephen TYRE, The Gaullists, the French Army and Algeria before 1958: Common Cause, or Marriage of Convenience?, in: Journal of Strategic Studies 25(2), S. 114.

41 WERTH, De Gaulle (wie Anm. 36), S. 1–30.

Konfliktparteien schienen anzunehmen, dass de Gaulle ihren politischen Kurs voll unterstütze. Was jedoch war de Gaulles Einschätzung der Situation? Was genau meinte er, als er am 4. Juni 1958 in Algerien den Massen vor dem *Gouvernement général* zurief, »Je vous ai compris!«? In seinen *Mémoires* macht er deutlich, dass die Fortsetzung der Kolonialpolitik fatal für Frankreich war, eine Situation, in der »[...] wir alles zu verlieren hatten, und nichts zu gewinnen [...]«⁴². Er war sich der Bedeutung Algeriens für Frankreich vollkommen bewusst, schließlich war es Algerien, wo er seine Exilregierung gegen Vichy-Frankreich führte und eine nicht unbedeutende Anzahl von französischen Freiheitskämpfern geopfert worden war, um die Kontrolle über diese Region zu erlangen. Dies hielt ihn jedoch nicht ab, die Lage in der Nachkriegszeit so zu bewerten, dass jetzt das Selbstbestimmungsrecht der ehemals überseeisch-abhängigen Gebiete gefördert werden müsse. Zugleich sollten gegenseitig nutzbringende Beziehungen etabliert werden, die es Frankreich erlauben sollten, weiterhin Nutzen aus den Kolonien zu ziehen⁴³. Selbstbestimmung bedeutete aber für Frankreich auch, sich von den internen Problemen der ehemaligen überseeischen Gebiete zu lösen und dem Land vor allem auch die Kosten für Kolonialverwaltung, Polizeiaktionen, bis hin zu militärischen Maßnahmen wie in Algerien zu ersparen⁴⁴.

Schwerwiegender als die finanziellen Überlegungen waren de Gaulles Zweifel an einer dauerhaft stabilen – sprich gleichberechtigten – gesellschaftlichen Integration zwischen den *peuds noirs*, und der muslimischen Bevölkerungsmehrheit⁴⁵. Dass es zu Beginn seiner Präsidentschaft Pläne gab, Algerien als Frankreich angegliedertes Territorium zu behalten, wird in kritischen Teilen der Literatur weniger als eine kohärente und durchdachte Politikoption gesehen, als vielmehr als »[...] ungeplante Zugeständnisse, die von den Ereignissen [in Algerien] erzwungen wurden [...]«⁴⁶. Die These, dass de Gaulle in seiner Algerienpolitik nach Plan vorging, scheint aus dieser Sicht zweifelhaft. Und tatsächlich spiegeln de Gaulles erste Reden und Aussagen zu Algerien nach seiner Rückkehr an die Spitze Frankreichs eher die Absicht wider, Algerien als französisches Territorium zu halten. Dies steht im Gegensatz zu dem, was de Gaulle in seinen *Mémoires* als den stufenweisen Rückzug Frankreichs aus Algerien darlegt. Während einer Rede am 15. Januar 1959 in der *Assemblée nationale* umriss Debré als neuer Premierminister die Politik der Regierung folgendermaßen: « [...] Frankreich ist in Algerien aufgrund einer grundlegenden Notwendigkeit, die unseren Vorfahren vollkommen klar war [...]. Durch unsere unangefochtene Präsenz [in Algerien] und unser Recht dort zu sein, sichern wir das westliche Mittelmeer und garantieren so unsere eigene Sicherheit [...]«⁴⁷. Vor dem Hintergrund dieser Regierungserklärung ist der Schock, den de Gaulles späterer Politikwechsel bei den *peuds noirs* und beim Militär in Algerien verursachte, kaum verwunderlich.

42 DE GAULLE, *Mémoires d'espoir* (wie Anm. 13), S. 38. Übersetzung durch die Vf.

43 Das Beispiel der militärischen Einrichtungen in der Sahara, in denen die ersten französischen Atombomben getestet wurden, ist wohl das wichtigste Beispiel in Verbindung mit dem Algerienkonflikt.

44 DE GAULLE, *Mémoires d'espoir* (wie Anm. 13), S. 39.

45 DE GAULLE, *Mémoires d'espoir* (wie Anm. 13), S. 45.

46 Gil MEROM, A ›Grand Design?‹: Charles de Gaulle and the End of the Algerian War, in: *Armed Forces and Society*, 25(2), S. 268.

47 Michel Debré, Premierminister, in *JO*, 1^{ère} Lég., 15/1/59, S. 29, 43. Übersetzung durch die Vf.

Die Reaktionen beider Gruppen sollten den Drohungen vom Mai 1958, die die IV. Republik zu Fall brachten, in nichts nachstehen. Diesmal waren sie aber gegen de Gaulle gerichtet.

Entwicklungslinien in der Armee von Indochina bis Algerien

Abseits von der großen Politik widmete sich die französische Armee immer intensiver dem Krieg, fest entschlossen diesmal einen Sieg zu erringen, nicht nur bei der Jagd auf die Rebellenführer, sondern auch, indem sie versuchte, die gesamte algerische Bevölkerung von der Legitimität ihrer Mission zu überzeugen. Jene Truppen, die in Indochina gedient hatten, wussten, wie man einen Guerillakrieg führt und wie man einen Aufstand niederschlägt. Sie wendeten diese Lektionen in Algerien an. Auf materieller Seite gab es auch Fortschritte. Die Zahl der französischen Soldaten nahm kontinuierlich zu, und spätestens, seitdem das Schwergewicht der militärischen Planung in Algerien lag – auch auf die Gefahr hin, die Sicherheit von Frankreich selbst zu gefährden – wurde auch die Ausrüstung immer besser. Das Militär glaubte, endlich die Oberhand und zumindest militärisch diesen Krieg zu gewinnen.

Außerdem gab es einige Einheiten, wie die Fremdenlegion, die besonders tiefe Wurzeln in Algerien hatten und dementsprechend hoch motiviert waren, den Krieg zu gewinnen und die Aufständischen des Front de libération nationale (FLN) zu besiegen⁴⁸. Die Fremdenlegion hatte ihre Heimatbasis in Algerien (Sidi-Bel-Abbès), nicht in Frankreich. Viele der Regierungsgebäude, das Straßensystem und andere Infrastrukturen hatten Legionäre gebaut. Die Geschichte, die Institutionen und die Traditionen in der Fremdenlegion waren eng mit Algerien verstrickt. Die Fremdenlegion war die Elite der französischen Armee und bildete im Gegensatz zu den vielen Wehrpflichtigen – deren einziger Gedanke oft nur *la quille*, das Boot zurück nach Marseille war – den Kern des französischen Kampfeswillens. Die häufig empfundene Verpflichtung, Algerien nicht zu einem neuen Indochina werden zu lassen, und die vor allem unter den Offizieren der Fremdenlegion tief empfundene Bindung zu Algerien bilden wichtige Gründe zum Verständnis der kompromisslosen Stellung des Militärs für eine *Algérie française*.

De Gaulle war sich sicher, dass vor diesem Hintergrund die größte Angst des Militärs darin lag, von der französischen Regierung abermals – wie in Indochina – gleichsam einen politischen Dolch in den Rücken gerammt zu bekommen⁴⁹. Mit der Rückkehr des Generals an die Macht schienen die politischen Bedingungen für die Fortsetzung des Algerienfeldzugs gesichert. Das Militär glaubte Zeit zu haben, seine militärische Überlegenheit auszunutzen und schließlich die Niederlage des FLN zu erzwingen.

Die Jahre zwischen 1960 und 1962 sind entscheidend für den Wandel in der französischen Politik von einem von Frankreich abhängigen Algerien (*Algérie française*) und einem unabhängigen Algerien (*Algérie algérienne*). De Gaulle sprach zum ersten

48 Der FLN war die größte und wichtigste, aber keinesfalls die einzige Rebellenorganisation, die für die Unabhängigkeit Algeriens kämpfte.

49 DE GAULLE, *Mémoires d'espoir* (wie Anm. 13), S. 44.

Mal Anfang 1960 öffentlich von einer möglichen Unabhängigkeit Algeriens⁵⁰. Obwohl es manche Unzufriedenheit mit de Gaulles Algerienpolitik gegeben hatte, begannen die *pieds noirs* und die militärische Führung von diesem Zeitpunkt an, de Gaulles veränderte Algerienpolitik als ernste Bedrohung für ihre Interessen zu sehen. Im Referendum vom Januar 1961 erzielt de Gaulle einen überwältigenden Sieg, der ihm die für die Durchsetzung der algerischen Unabhängigkeit notwendige demokratische Legitimität gab⁵¹. Dieser bis dorthin hochkontroverse Schritt (*le dégage-ment*) hatte sich aus de Gaulles einziger vernünftiger Lösung des Algerienkonflikts entwickelt⁵². Daraufhin versuchte die Armee im April 1961 zu putschen. Geführt von den Generälen Challe, Salan und Zeller, später auch von General Jouhaud, übernahm das Militär in Algerien die Macht. Die gleichen Pläne, die 1958 gegen die IV. Republik angewandt worden waren, sollten wieder aufgewärmt werden, nur diesmal gegen de Gaulle⁵³. De Gaulle lies sich aber nicht durch diesen *quarteron de généraux en retraite* einschüchtern und ging auf Sendung. In voller Generalsuniform sprach er zum französischen Volk, »[...] schlug mit seiner Faust auf den Schreibtisch und verbot jedem Franzosen, und vor allem jedem Soldaten, irgendwelche ihrer Befehle [der Generäle in Algerien] auszuführen«. Kurz darauf war der Putsch vorbei⁵⁴. Die Führer des Coups tauchten ab und schlossen sich der Organisation de l'armée secrète (OAS) an. Sie hofften, die Organisation als Untergrundterrorzelle für ihre Zwecke verwenden zu können – vorrangig um den empfundenen Verrat de Gaulles zu rächen und die Politik seiner Regierung zu bekämpfen⁵⁵. Mehrere Attentate auf de Gaulles Leben und Bombenanschläge in Paris zählten zu ihren spektakulärsten Aktionen.

Strategisch war für die Politik Frankreichs die Verbindung zwischen der NATO und dem Algerienkonflikt von größter Bedeutung. Algerien war unter der Verfassung der IV. und V. Republik als *département d'outre-mer* (DOM) Teil Frankreich und aus französischer Sicht somit auch Teil des Territoriums, für das die Mitgliedsstaaten des Atlantikpakts Sicherheit gewährleisteten⁵⁶. Die Unterstützung der algerischen Aufständischen durch das Nasser-Regime in Ägypten wurde von der französischen Regierung als Grund angegeben, die Anwendung von Artikel 6 des Nordatlantischen Vertrages – die gegenseitige Beistandsklausel – zu beantragen. Vor allem die USA lehnte die Einbeziehung der NATO ab und interpretierte den Algerienkonflikt als interne Angelegenheit Frankreichs. Eine unmittelbare Konsequenz dieser Entscheidung war, dass de Gaulle – als eine seiner ersten Amtshandlungen als neuer Präsident – die französische Mittelmeerflotte aus der integrierten Kommandostruktur der NATO herausnahm: Sollte nämlich die NATO nicht zur Verteidigung

50 TALBOTT, *Algeria* (wie Anm. 10), S. 182.

51 DOISE, *Diplomatie et outil militaire* (wie Anm. 14), S. 590; WILLIAMS, *The Last Great Frenchman* (wie Anm. 14), S. 400.

52 Siehe DE GAULLE, *Mémoires d'espoir* (wie Anm. 13), S. 62. Original: »Ce que veulent les activistes et ceux qui les suivent, c'est conserver l'Algérie de papa. Mais l'Algérie de papa est morte! On mourra comme elle si on ne le comprend pas«. Siehe ebenso WILLIAMS, *The Last Great Frenchman* (wie Anm. 14), S. 400.

53 TALBOTT, *Algeria* (wie Anm. 10), S. 183.

54 WILLIAMS, *The Last Great Frenchman* (wie Anm. 14), S. 405.

55 TALBOTT, *Algeria* (wie Anm. 10), S. 183.

56 René (RRS), in JO, 2^e Lég., 19/11/53, S. 5308I.

französischer Interessen in Nordafrika bereit sein, musste diese von französische Truppen übernommen werden. Hierzu mussten sie unter französischem Oberkommando stehen⁵⁷. Tatsächlich waren die französischen Truppen in Algerien zu ihrer Versorgung auf die französische Marine angewiesen. Insofern findet sich im Algerienkonflikt die Essenz gaullistischer Militärpolitik wieder: »[...] la défense de la France soit française«⁵⁸. Dagegen gab es einige Proteste von NATO-Anhängern im Parlament. Guy Mollet war wohl der prominenteste Opponent, aber die Stimmung aus den Parlamentsdebatten zeigt ein wenig enthusiastisch geführtes Rückzugsgefecht ohne breite Unterstützung und ohne großen Erfolg⁵⁹. Das nationale Interesse im Algerienkonflikt überwog oder verhinderte jedenfalls eine starke Parteinahme für die NATO als eine internationale Organisation, die nicht nur in gaullistischen Kreisen mit den USA gleichgesetzt wurde. Der empfundene Verrat in Diên Biên Phủ und die Ablehnung des amerikanischen Hegemonieanspruchs in der westlichen Hemisphäre sind für diese negative Einstellung sehr bedeutend. Die antikoloniale Haltung der USA wurde bereits während der IV. Republik deutlich. Besonders nach dem amerikanischen Verhalten in der Suezkrise sah man in Frankreich die prinzipielle Unterstützung für die Unabhängigkeit Algeriens als ein weiteres bitteres Beispiel amerikanischen Verrats⁶⁰. Die immer breiter werdende Kluft zwischen Frankreich und den USA darf deshalb als eine der ernstesten Folgen des Algerienkonfliktes gesehen werden. Gleichzeitig war der Algerienkrieg in Fortsetzung der Suezkrise die direkte Verbindung zwischen dem noch heißen Kalten Krieg, dem Ende des Dekolonisationsprozesses und der beginnenden europäischen Integration. In allen drei Bereichen ist die Desillusionierung Frankreichs gegenüber den angloamerikanischen Befreiern von 1944 klar geworden.

Die Suezkrise (August 1956)

Frankreichs offizieller Grund für die Invasion Ägyptens war nicht – wie für Großbritannien – die israelischen und die ägyptischen Konfliktparteien zu trennen, sondern der Bruch internationalen Rechts durch die Verstaatlichung des Suezkanals⁶¹. Die Kontrolle des Suezkanals gab dem gerade erst durch einen Putsch an die Macht gekommenen Nasser-Regime die Möglichkeit, den Westen zu erpressen⁶². Die Versorgung mit Öl aus dem Mittleren Osten ist hier besonders wichtig. Nach Ansicht der französischen Regierung war der Angriff Nassers auf den Suezkanal Grund

57 Maurice Couve de Murville (UNR), Außenminister, in JO, 1^{ère} Lég., 28/12/59, S. 3670I; Félix Faure (Indépendent), in JO, 1^{ère} Lég., 28/12/59, S. 3679I.

58 DE GAULLE, *Mémoires d'espoir* (wie Anm. 13), S. 161, 165.

59 Guy Mollet (PS), in JO, 1^{ère} Lég., 30/4/59, S. 402II; Pierre Mahias (ED), in JO, 1^{ère} Lég. V, 28/12/59, S. 3689II; Jean Albert-Sorel (IPay), in JO, 1^{ère} Lég., 28/12/59, S. 3690II; Maurice Blin (RPCD), in JO, 1^{ère} Lég., 28/12/59, S. 3697I.

60 Arthur Conte (PS), in JO, 1^{ère} Lég., 28/12/59, S. 3673I; Michel Boscher (UNR), in JO, 1^{ère} Lég., 28/12/59, S. 3693I; Vaïsse, *La grandeur* (wie Anm. 14), S. 18.

61 Guy Mollet (PS), Präsident des Rates, in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4285II, Frankreich war nach Großbritannien der zweitgrößte Anteilseigner an der Suez Canal Corp., siehe DUTTON, *EDEN, A Life and Reputation* (wie Anm. 7), S. 389.

62 Guy Mollet (PS), Präsident des Rates, in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4283II–4284I.

genug, die NATO mit in die Verteidigung beziehungsweise die Rückeroberung westlicher Interessen einzubeziehen⁶³. Der amerikanische Widerstand wurde als ignorant, opportunistisch und im Endeffekt als fehlgeleitet betrachtet⁶⁴. Maurice Vaisse fasste die französische Perspektive zum Verhalten der USA am treffendsten zusammen:

»Für die Franzosen, war die Analyse einfach. Die Amerikaner, die die Krise ausgelöst hatten, indem sie ihr Angebot zurücknahmen, den Aswan Staudamm zu finanzieren⁶⁵, hatten dann ihre Verbündeten, die am Kampf gegen den ägyptischen Diktator teilnahmen, im Stich gelassen. Ihre mangelnde Solidarität, die so offensichtlich während der diplomatischen Phase des Konflikts zutage trat, wurde zum schamlosen Verrat, als der Konflikt militärisches Handeln erforderte«⁶⁶.

Im scharfen Kontrast zur Haltung der USA, reagierte Frankreichs aggressiv auf Nasser und die Verstaatlichung des Suezkanals. In Paris wurden von der Regierung offen eine militärische Intervention erwogen⁶⁷. Offizielle Erklärungen, den anlaufenden Prozess in der UNO zu respektieren, erscheinen in den Parlamentsdebatten mehr als Lippenbekenntnisse⁶⁸.

Der andauernde Algerienkonflikt beeinflusste offenkundig die Entscheidung Frankreichs an der Invasion von Ägypten teilzunehmen. Der französische Geheimdienst hatte Beweise für Waffenlieferungen von Ägypten an die algerischen Aufständischen⁶⁹. Viel wichtiger war aber, dass Ägypten die größte Militärmacht in der Region war, was dem Regime ein Aggressionspotential gab, das das Mächtegleichgewicht in der Region stören und Frankreichs eigene Pläne für Algerien behindern konnte⁷⁰. Nasser hatte außerdem mehrfach öffentlich betont, seine Militärmacht auch einsetzen zu wollen, was ein konkretes Bedrohungsszenario für Nordafrika und den Mittleren Osten bedeutete. Weiterhin gab es eine als militant eingestufte ideologische Komponente in Nassers öffentlicher Unterstützung des nordafrikanischen Nationalismus und seinen Ansprüchen, der neue Führer einer panarabischen Bewegung

63 Guy Mollet (PS), Präsident des Rates, in JO, 3^e Lég., 20/12/56, S. 6175II.

64 Guy Mollet (PS), Präsident des Rates, in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4285I, 4290II.

65 Die Stornierung des 270 Million Dollar Kredits der USA, Großbritanniens und der Weltbank, der für den Bau des Assuan-Staudamms vorgesehen war, wurde als ein Hauptgrund für die Suezkrise gesehen. Siehe BRIVATI, Hugh Gaiskell (wie Anm. 7), S. 250.

66 VAISSE, La grandeur (wie Anm. 14), S. 17: »Pour les Français, l'analyse est simple. Les Américains, responsables du déclenchement de la crise par le retrait de leur offre de financement du barrage d'Assouan, ont ensuite abandonné leurs alliés engagés dans le même combat contre le dictateur égyptien. Cette absence de solidarité, manifeste au cours de la phase diplomatique de l'affaire, est devenue un véritable ›lâchage‹ lors de la crise ouverte et guerrière«.

67 Guy Mollet (PS), Präsident des Rates, in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4283II–4284I, 4285I; JO, 3^e Lég., 20/12/56, S. 6175III.

68 Siehe Guy Mollet (PS), Präsident des Rates, in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4284I.

69 Robert Lacoste (PS), Minister für Algerien, in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4217II; Guy Mollet (PS), Präsident des Rates, in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4286I; JO, 3^e Lég., 20/12/56, S. 6174II; BOUGHERARA, Les rapports franco-allemands (wie Anm. 2), S. 76, 120.

70 DOISE, Diplomatie et outil militaire (wie Anm. 14), S. 538f.

mit expansionistischen Ambitionen, speziell gegen Israel, zu werden⁷¹. Besonders Nassers panarabische Ambitionen wurden in Paris als ebenso gefährlich eingestuft wie Hitlers pangermanische Träume und Stalins expansionistischer Kommunismus. Durch Nassers verstärkte Verbindungen zur Sowjetunion – die UdSSR übernahm größtenteils die Finanzierung des Assuan-Staudamms – und durch Waffenlieferungen aus dem Ostblock, zum Beispiel aus der Tschechoslowakei wurde sowohl der Eindruck einer ideologischen Bedrohung als auch der Eindruck des aggressiven Charakters des Nasser-Regimes verstärkt⁷². Daher wurde das Nasser-Regime als konkrete Bedrohung in der Region eingestuft.

Ähnlich wie im Algerienkrieg war eine Hauptkonsequenz der Suezkrise Frankreichs weitere Entfremdung von den USA. Im europäischen Kontext war aber die Kluft, die sich aus der Suezkrise zu Großbritannien ergab, wichtiger⁷³. Während der Suezkrise fand eine enge politische und militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern statt, und es gab Pläne die europäische Kooperation in der FTA (Freihandelszone) zu institutionalisieren⁷⁴. Nach dem militärischen Desaster blieb von diesen Plänen nur noch wenig übrig. Frankreich orientierte sich stattdessen in Richtung der aufblühenden europäischen Integration, sprich nach Deutschland, Italien und den Benelux-Staaten⁷⁵. Und die vehementesten Europabefürworter in Frankreich, vor allem im konservativen MRP, sahen darin ihre Überzeugung gerechtfertigt, dass mehr Europa besser für Frankreich gewesen wäre, dass die Suezkrise nicht möglich gewesen wäre, wenn Frankreich die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) angenommen hätte und dass folglich das Fiasko der Suezkrise eine weitere fatale Nachwirkung der Ablehnung der EVG im August 1954 war⁷⁶. Noch unter der IV. Republik gab diese eindeutige Hinwendung Frankreichs zu Europa dem Messina-Prozess zusätzlichen Schub und belebte den nach der Ablehnung der EVG schon fast totesagten europäischen Integrationsprozess aufs Neue. Die Suezkrise war in gewisser Weise auch ein Beweis des Vertrauens zwischen den europäischen Partnern, weil deren Reaktionen während der Suezkrise sehr moderat ausfielen, was Frankreich sehr schätzte⁷⁷. Nach der Suezkrise war die europäische Einigung gewissermaßen ein sicherer Hafen für Frankreich: Es konnte sich von der erlittenen Schmach und der internationalen Verurteilung, beispielsweise in der UNO, erholen und wurde unter den Europäern immer noch als Führungsmacht akzeptiert.

71 Guy Mollet (PS), *Präsident des Rates*, in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4283II; JO, 3^e Lég., 20/12/56, S. 6175I.

72 Guy Mollet (PS), *Präsident des Rates*, in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4283II; JO, 3^e Lég., 20/12/56, S. 6175I, 6176I; Robert Bichet (MRP), in JO, 3^e Lég., 23/10/56, S. 4291II.

73 Siehe VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 14), S.16f.; GOWLAND, *Reluctant Europeans* (wie Anm. 9), S. 109; LAMB, *MACMILAN* (wie Anm. 9), S. 20.

74 G. R. WILKES, *British Attitudes to the European Economic Community, 1956–63*, Cambridge 2002, S. 32.

75 Siehe VAÏSSE, *La grandeur* (wie Anm. 14), S. 16; DUTTON, *EDEN, A Life and Reputation* (wie Anm. 7), S. 309; GOWLAND, *Reluctant Europeans* (wie Anm. 9), S. 109.

76 André Mutter (IPay), in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4219I; Marcel Roclore (IPay), in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4228I; Bichet (MRP), in JO, 3^e Lég., 20/12/56, S. 6179I.

77 Siehe Alain Savary (PS), in JO, 3^e Lég., 2/7/57, S. 3134II.

Schluss

Die Dekolonisationskriege hinterließen zweifellos ihre Spuren in der französischen Psyche. Sie kosteten nicht nur viele Leben und brachten das Land an den Rand des finanziellen Ruins, sie waren auch, wie sich besonders im Algerienkrieg zeigt, eine Zeitenwende; das endgültige Ende der Kolonialzeit. Dies drückte sich nicht nur im Wachwechsel an der Spitze der französischen Armee aus; das Ende der Kolonialzeit bedeutete nicht nur einen Philosophiewechsel bei den Kriegführenden, sondern auch bei der französischen Bevölkerung und nicht zuletzt bei der politischen Führung, wie am Beispiel de Gaulles anschaulich dargestellt wurde. Die zum Ende des Zweiten Weltkrieges noch weit verbreitete Meinung, Frankreich könne ohne Kolonien nicht überleben, stellte sich Anfang der 1960er Jahre so dar, dass es keine Mehrheit mehr gab, die bereit war, die aus einem kolonialen Engagement entstehenden Kosten zu tragen. Das Referendum von 1961 ist hierfür der beste Beweis. Ein weiterer Beweis hierfür ist die politisch brisante Frage der allgemeinen Wehrpflicht für alle volljährigen Franzosen. Obwohl das Prinzip nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde – drei Invasionen seit 1870 hatten die Notwendigkeit der Wehrpflicht tief verwurzelt – war der Einsatz von Wehrpflichtigen in Übersee weniger akzeptabel. Algerien ist wiederum ein schlagendes Beispiel. Vielen Franzosen ging es nicht ein, dass französische Rekruten das Eigentum von reichen *pieds noirs* verteidigen sollten, während diese bereits nach Frankreich geflohen waren. Eine absurd niedrige Besoldung, eine Verlängerung des Wehrdienstes in einigen Fällen bis zu drei Jahren⁷⁸, die verstärkte Einberufung von Reservisten und natürlich auch die Toten, die aus Algerien zurück überführt wurden, erhöhten den Unmut gegen Kolonialkriege und insbesondere gegen den Algerienkrieg, als den letzten, den Frankreich führte⁷⁹. Einige Zahlen belegen den Zusammenhang zwischen dem Einsatz Wehrpflichtiger in Algerien und der Ablehnung des Krieges in der französischen Bevölkerung. Im Jahre 1955, vor dem Einsatz von Wehrpflichtigen in Algerien antworteten 25% der Befragten, dass der Krieg Frankreichs größtes Problem sei. 1956 war diese Zahl auf 67% gestiegen⁸⁰. Dieser Anstieg fällt in das Jahr, in dem sich die Regierung Mollet entschied, den Krieg in Algerien weiter zu verschärfen, sprich mehr Gerät und Rekruten in den Krieg zu schicken. Die unmittelbare Rückwirkung von den Soldaten auf die Bürger Frankreichs wurde dadurch deutlich, dass zu Kriegsende, im April 1962, etwa zwei Million Franzosen in der Kriegszone dienten⁸¹. Algerien hatte somit einen persönlichen Bezug für fast jede französische Familie und machte durch eigene Erfahrung klar, dass der koloniale Gedanke der Vergangenheit angehörte.

78 ALEXANDER, KEIGER, *Algerian War* (wie Anm. 21), S. 9.

79 Die Bilanz des Algerienkrieges war nicht so schlimm wie diejenige aus Indochina, aber dennoch keinesfalls unwesentlich: 17 456 gefallene französische Soldaten, 64 985 Verletzte und etwa 1000 Vermisste. Siehe Alistair HORNE, *A Savage War of Peace. Algeria 1954–1962*, London 1970, S. 538.

80 John TALBOTT, *French Public Opinion and the Algerian War: A Research Note*, in: *French Historical Studies* 9 (2), S. 356.

81 ALEXANDER, KEIGER, *Algerian War* (wie Anm. 21), S. 1.

In diesem Aufsatz wurde argumentiert, dass Algerien nicht nur das Musterbeispiel für einen Kolonialkrieg ist, sondern auch, dass alle anderen größeren kolonialen Konflikte Frankreichs eine enge Verbindung zum Algerienkrieg aufweisen. Der Krieg in Indochina und die Suezkrise wurden erläutert. Insofern kann Algerien auch in dieser Schlussbetrachtung stellvertretend für die generelleren Rückwirkungen der Kolonialkriege auf Frankreich genannt werden. Einerseits wurden die Gründe des Militärs und der französischen Siedler für ihr Festhalten an Algerien ausführlich dargelegt. Andererseits sollten die Vorteile, die Frankreich aus dem Rückzug aus Algerien zog, am Schluss auch genannt werden. Der Algerienkrieg hatte das politische System Frankreichs schwer belastet. Der Sturz der IV. Republik ist das beste Beispiel. Die wieder gewonnene Freiheit, wirtschaftlichen Fortschritt in Frankreich zu fördern, anstatt Waffen und Soldaten zu bezahlen, ist ebenfalls nicht zu unterschätzen. Der Frieden – nach 25 Jahren fast ununterbrochener Kriege – ließ Frankreich endlich zur Ruhe kommen. Selbst diejenigen, die argumentieren, dass Frankreich den Algerienkrieg hätte gewinnen können – hauptsächlich aufgrund seiner militärischen Überlegenheit – geben zu, dass dies nur auf Kosten der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Frankreich selbst möglich gewesen wäre. Auch eine aktive Führungsrolle Frankreichs in Europa und die Teilnahme am europäischen Integrationsprojekt legten die Beendigung des Algerienkonflikts nahe, was sich mit de Gaulles Politik, Frankreich zur führenden Macht in Westeuropa zu machen, deckt. Die Beendigung der Kolonialkriege ermöglichte es Frankreich also, seine Kräfte auf das sich dynamisch entwickelnde Europa zu konzentrieren.

In einer sehr emotionalen Ministerratssitzung am 19. März 1962 wurde die Vereinbarung von Evian, die Algerien die Unabhängigkeit gab, bestätigt. De Gaulle erklärte seinen Ministern – einige zu Tränen gerührt: »[...] dies ist ein achtbares Resultat [...]. Es gibt keine Alternativen [...]. Was wir jetzt tun müssen, ist uns auf Europa zu konzentrieren. Die Zeit der ›organisierten Kontinente‹ löst die Kolonialära ab«⁸².

Selbstverständlich war de Gaulles Konzept der europäischen Integration völlig unterschiedlich zu dem der Gründungsäter Europas, die die EGKS und dann die EWG aufgebaut hatten. Sein Bild von Frankreich schloss Föderalismus oder gar Gedanken an die Vereinigten Staaten von Europa aus, obgleich er den politischen und vor allem den ökonomischen Nutzen der Zusammenarbeit zwischen den ursprünglich sechs Gründungsmitgliedern der Europäischen Gemeinschaften sehr wohl erkannte. Er entschied sich also nicht, wie einige befürchtet hatten, die EWG nicht umzusetzen, sondern sie für Frankreich politisch und wirtschaftlich soweit wie möglich zu nutzen. Das hieß, im starken Kontrast zur ›europäischen‹ Politik der IV. Republik, den Einfluss der Kommission zu beschränken und Großbritannien aus Europa herauszuhalten. Diese beiden französischen politischen Prioritäten sollten die Grenzen europäischer Einigungspolitik während de Gaulles Präsidentschaft darstellen und die Option eines föderalen Europas dauerhaft blockieren. Hier wird die Rückwirkung des Algerienkrieges, ohne den de Gaulle nicht wieder an die Macht gekommen wäre, für Europa deutlich.

82 Siehe Pierre VIANSSON-PONTÉ, *Histoire de la république gaullienne*, Paris 1970, Bd. 1, S. 455: »C'est une issue honorable [...] il n'y a pas d'autre voie [...]. Maintenant, nous devons nous tourner vers l'Europe. Car l'ère des continents organisés succède à l'ère coloniale«.

Dekolonisationsmechanismen sind äußerst komplexe Prozesse. Einige Anmerkungen für die Rolle Frankreichs darin sind am Ende dieses Aufsatzes nötig. Erstens war das Kolonialreich ein wichtiges Element im Anspruch Frankreichs auf seinen Weltmachtstatus⁸³. Zweitens wurden im nuklearen Zeitalter die Weiten der *communauté française* – ebenso wie die des britischen Commonwealth – als strategisch wichtig betrachtet, weil sie es erlaubten, lebenswichtige militärische, wirtschaftliche und politische Einrichtungen zu verteilen und so vor der Zerstörung zu bewahren. Im Sinne der gegenseitigen Abschreckung konnte durch diese Taktik ein Angriff sogar ganz verhindert werden, wenn das nukleare Erstschlagspotential eines Angreifers nicht ausreichte, um einen Gegenschlag zu verhindern⁸⁴. Drittens enthielten alle Dekolonisationskriege eine Komponente des Kalten Krieges. Genauso wie in der Suezkrise vertraten viele französische Politiker die Auffassung, dass Algerien eine Bastion gegen kommunistische Expansionspläne bildete, was sich in dem Ruf nach der NATO-Beistandsklausel widerspiegelt⁸⁵. Vor diesem Hintergrund wurden die Kriege in Südostasien und in Nordafrika in weiten Kreisen nicht als Kolonialkriege, sondern als Verteidigung der westlichen Welt gegen sowjetische Einkreisungspolitik gesehen⁸⁶. Der ideologische Krieg, in dem Afrika nur ein Schauplatz war, musste gewonnen werden, indem man die überseeischen Gebiete im westlichen Lager hielt⁸⁷. Am Ende des Algerienkrieges wurde jedoch auch deutlich, dass Frankreich weder gegen die angenommene sowjetische Bedrohung bestehen konnte, noch seiner Verantwortung in der *communauté française* nachkommen konnte, wenn es nur auf seine nationalen Ressourcen zurückgreifen konnte⁸⁸. All dies sprach für eine radikale Veränderung in der französischen Kolonialpolitik. De Gaulle tat genau das: »Ich setzte dem Kolonialismus bewusst ein Ende. Die Zeit war großartig, aber am Ende war sie ruinös«⁸⁹. Die Kolonialzeiten waren vorüber. Die europäischen Kolonial-

83 Maurice Lenormand (IOM), in JO, 2^e Lég., 7/12/51, S. 8966I; Adolphe Aumeran (RI), in JO, 2^e Lég., 17/11/53, S. 5187I; Pierre Billotte (RPF), in JO, 2^e Lég., 20/11/53, S. 5341I; Joseph Apithy (RI), in JO, 2^e Lég., 29/8/54, S. 4419I; Pierre-Henri Teitgen (MRP), in JO, 3^e Lég., 5/7/56, S. 3259I; Robert Nisse (RS), in JO, 3^e Lég., 6/7/57, S. 3359II.

84 Adolphe Aumeran (RI), in JO, 2^e Lég., 29/8/54, S. 4438I; Pierre Abelin (MRP), in JO, 2^e Lég., 23/12/54, S. 6793II.

85 Robert Lacoste (PS), Minister für Algerien, in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4217I; Guy Mollet (PS), Präsident des Rates, in JO, 3^e Lég., 20/12/56, S. 6174II.

86 André Monteil (MRP), in JO, 2^e Lég., 11/2/52, S. 586II; Yvon Delbos (RRS), in JO, 2^e Lég., 12/2/52, S. 622II; André-François MERCIER (IPay), in JO, 3^e Lég., 5/7/56, S. 2902II; Albert Le Bail (PS), in JO, 3^e Lég., 17/1/57, S. 107I; Mustapha Chelha (UNR), in JO, 1^{ère} Lég., 30/4/59, S. 395II; Jean-Marie Le Pen (IPay), in JO, 1^{ère} Lég., 30/4/59, S. 408II, 409I; Michel Debré (UNR), Premierminister, in JO, 1^{ère} Lég., 30/4/59, S. 411I; Maurice Schumann (RPCD), in JO, 1^{ère} Lég., 28/12/59, S. 3676I; Henri Caillemer (IPay), in JO, 1^{ère} Lég., 28/12/59, S. 3682I; Robert Abdesselem (UR), in JO, 1^{ère} Lég., 28/12/59, S. 3694II.

87 Henri Teitgen (MRP), in JO, 3^e Lég., 5/7/56, S. 3259II; JO, 3^{ème} Lég., 6/7/57, S. 3365II; Guy Mollet (PS), Präsident des Rates, in JO, 3^e Lég., 20/12/56, S. 6177I; Michel Debré (UNR), Premierminister, in JO, 1^{ère} Lég., 30/4/59, S. 411I.

88 André Mutter (IPay), in JO, 3^e Lég., 18/10/56, S. 4220I; Pierre-Henri Teitgen (MRP), in JO, 3^{ème} Lég., 6/7/57, S. 3364II.

89 DE GAULLE, *Mémoires d'espoir* (wie Anm. 13), S. 71: »[...] je mets délibérément fin à une domination coloniale, jadis glorieuse, mais qui serait désormais ruineuse«. Siehe ebenso DOISE, *Diplomatie et outil militaire* (wie Anm. 14), S. 588.

mächte und auch Frankreich würden sich daran gewöhnen müssen. In Zukunft würde Frankreich die Gleichberechtigung seiner überseeischen Gebiete erlauben und fördern müssen, wenn es sie in der *communauté française* halten wollte⁹⁰. Für Frankreich selbst zeigten die Niederlagen in den Dekolonisationskriegen, dass die Zukunft des Landes nicht in Übersee lag, sondern viel näher, in Europa. Folgerichtig legte sich Frankreich auf die europäische Integration fest, wenn auch bewusst nach seiner eigenen Façon.

90 Maurice Faure (RRS), Staatssekretär im Außenministerium, in JO, 3^e Lég., 5/7/57, S. 3301II; Lapie (PS), in JO, 3^{ème} Lég., 5/7/57, S. 3318I. Für eine gute Zusammenfassung der Positionen der Sozialisten zur Kolonialpolitik siehe Dorothy PICKLES, *The Fifth French Republic*, London 1960, S. 149.